

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
 Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
 Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Er erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.
 Fernsprecher N 8538. Redaktionsschluss Montags Mittags vor Erscheinen d. Blattes. Anzeigenpreis für die viergespaltene Beilagezeit 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No 2 C 6 1 n, den 25. Januar 1919. VII. Jahrgang.

Die Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung Deutschlands hatte uns in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die „Gewerbefreiheit“, die „Koalitionsfreiheit“ und den freien Arbeitsvertrag. Gemäß den damaligen Anschauungen sollten alle wirtschaftlichen Fesseln fallen und jedem zwischen volle wirtschaftliche Freiheit und Betätigung gelassen werden, damit würde jedem die Möglichkeit gegeben sein, unter Ausnutzung seiner körperlichen oder geistigen Fähigkeiten sich eine möglichst günstige und gesicherte Existenz zu verschaffen. In der Theorie nahmen sich diese Lehrgänge ganz nett aus, aber in der Wirklichkeit bot sich doch ein anderes Bild dar. Für den wirtschaftlich Schwachen stand die „Freiheit“ nur auf dem Papier. Der wirtschaftlich Starke war in der Lage, sie zu beschränken oder sogar völlig illusorisch zu machen. Man braucht z. B. nur hinzuwenden auf die Vernichtung so vieler selbständiger Existenzen im Handel, Handwerk und Gewerbe, die dem Wettbewerb der Kapitalkräftigen nicht gewachsen waren und die im Konkurrenzkampf unterliegen mußten.

Noch mehr aber trat der Unterschied zwischen theoretischer Freiheit und praktischer Unfreiheit in die Erscheinung. In den beiden Faktoren: „Kapital und Arbeit“. Der einzelne Arbeiter steht dem Arbeitgeber völlig machtlos gegenüber. Die Macht des Arbeitgebers über den Arbeiter ist umso größer, je größer sein Geldmacht ist. Er kann den Arbeiter einstellen oder nicht, er kann ihm die Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen ganz nach seinem Belieben. Der freie Arbeitsvertrag ist gleichsam nur eine Farsce. Was wundert sich die Arbeiter danach streben, diese wirtschaftliche Unfreiheit zu beiseite zu räumen und den Arbeitsvertrag auch tatsächlich frei zu gestalten. Vieles Bestreben fand und findet seinen Ausdruck in der gewerkschaftlichen Organisation. Sie hat den Arbeiter in den Stand, seine Rechte voll auszuüben zu können. Sie strebt insbesondere danach, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, vor allem durch den Abschluss von Tarifverträgen.

Wie die Erfahrung lehrt, sind die Tarifverträge im steigenden Maße zwischen den Organisationen der Arbeitgeber einerseits und den Arbeiterorganisationen andererseits abzuschließen worden. So werden Berufsgruppen teilweise schon durch Tarifverträge, die sich über das ganze Reich erstrecken, geschützt. Die nächste wichtige Entfaltung wird zweifellos die Tarifverträge in den öffentlichen Betrieben nehmen. In der Zeit nach dem Kriegsende am 20. November 1918 haben wir

die Vereinbarungen veröffentlicht, die zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften am 15. November 1918 abgeschlossen wurden. Darin wird insbesondere gesagt: Die Gewerkschaften werden als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt, eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit ist unzulässig; die Arbeitgeber werden die gelben Organisationen nicht mehr unterstützen; alle aus dem Kriegsdienst Zurückgekehrten werden wieder in Arbeit gestellt; die Arbeitsnachweise werden paritätisch verwaltet; die Arbeitsbedingungen werden gemeinsam durch Tarifverträge festgelegt; es sind Arbeiterausschüsse, Schlichtungsausschüsse, Eingangsämter und Zentralausschüsse zu bilden; die tägliche Arbeitszeit soll 8 Stunden betragen ohne Verdienstminderung.

Diese Vereinbarungen hat die Reichsregierung veröffentlicht mit dem Ersuchen an die Leiter der Reichsbetriebe, sie in diesen Betrieben zu beachten. Von Leitern der Bundes- und Kommunalbetriebe wurde das Gleiche empfohlen.

Auf Grund der genannten Vereinbarungen, sowie auf Anregung des Demobilisierungsamtes haben sich für die einzelnen großen Gewerbegebiete bereits Fachauschüsse gebildet, die in einer Arbeitsgemeinschaft ihre gemeinsame Spitze haben. Neben den Fachauschüssen werden sodann noch für die verschiedenen Spezialgebiete besondere Untergruppen bzw. Unterausschüsse gebildet. In diesen sollen die speziellen Berufsfragen behandelt werden. Für das Verkehrsgewerbe ist ein Fachauschuss gebildet, der aus acht Gruppen besteht. Demnächst sollen für die einzelnen Gruppen die Untergruppen gebildet werden, so insbesondere auch für die Straßen- und Kleinbahnen. Eine der ersten und wichtigsten Aufgaben derselben wird es sein, sich mit dem Abschluss von Arbeitstarifverträgen zu beschäftigen. Es ist selbstverständlich, daß wir für unseren Verband eine angemessene Vertretung in den in Frage kommenden Ausschüssen erstreben.

Um auch für die Gemeindebetriebe die Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Wege zu leiten, haben wir zunächst beim Vorstand des deutschen Städtetages die Bildung eines Zentralausschusses beantragt, der sich aus Vertretern der Städte und Vertretern der in Betracht kommenden Gewerkschaften zusammensetzen soll. Zu einer Vorstandssitzung des Städtetages am 7. Januar wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt, der die Angelegenheit bearbeiten soll. Von zahlreichen Stadtverwaltungen ist uns auf eine Eingabe, die sich im gleichen Rahmen bewegt, mitgeteilt worden, daß man sich mit der Bildung eines vorläufigen Zentralausschusses und mit dem Abschluss von Tarifverträgen mit den Gewerkschaften grundsätzlich einver-

erkläre. Eigenartig muß allerdings die Stellungnahme des sozialdemokratischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes berühren, der für sich allein die Vertretung im Zentralausschuß beansprucht, um so die übrigen in Betracht kommenden Organisationen zu terrorisieren. Wir erheben gegen diesen Versuch den schärfsten Protest und möchten auch an dieser Stelle der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß diesem Verlangen nicht entsprochen wird, sondern auch unserem Verbände eine angemessene Vertretung eingeräumt wird. Das ist eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit, der sich niemand, der dem Wohle der Arbeiterschaft wie der Gemeindefreien will, entziehen kann. Überall dort, wo Mitgliedern unseres Verbandes bestehen, werden wir nach wie vor in nachdrücklicher Weise die Interessen der städtischen Arbeiter vertreten. Auch hier ist das Ziel der Abschluß von Tarifverträgen.

Es muß heute allen Beteiligten klar sein, daß sich auch im Wirtschaftsleben große Umwälzungen vollziehen. Mit allen Kräften gilt es dabei die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Die erste und wichtigste Voraussetzung dazu ist die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Für die wertvolle Arbeiterschaft in den Gemeinde- und Straßenbahnbetrieben ergibt sich daraus die Pflicht, unermüdet für die Stärkung unseres Verbandes, des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner, tätig zu sein; denn haben wir die stärkste Gewähr, daß bei der bevorstehenden Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Arbeiterinteressen in zweckmäßiger Weise vertreten werden.

Ablösung der Steuerzulagen.

Während des Krieges ist durchweg der notwendige Ausgleich zwischen Verteuerung der Lebenshaltung und dem Einkommen der städtischen Arbeiter und Straßenbahner nicht durch Lohnerhöhungen, sondern durch Gewährung von Kriegs- und Steuerzulagen, Familienbeihilfen usw. in Anspruch genommen worden. Nach Beendigung des Krieges macht sich nunmehr das berechnete und verständliche Bestreben allerorts bemerkbar, diese Zulagen in den Grundlohn mit hineinzuziehen. Mit der Begründung, daß sich im Augenblicke die Entwicklung auf dem Lebensmittel- und sonstigen Warenmarkt nicht übersehen lasse, infolgedessen der Zeitpunkt für die Neuordnung der Grundlöhne noch nicht gekommen, wird diesen Bestreben an manchen Orten, seitens der Verwaltungen Widerstand entgegen gesetzt. Zum Teil wird die Weigerung auch mit dem Hinweis auf die Gründung der Arbeitsgemeinschaft, die die Regelung dieser Fragen sich doch zur Aufgabe gemacht habe, begründet. Vielfach wird auch die Arbeitslosigkeit in den Gemeinden als Ursache angegeben.

Es wird gut sein, wenn sich unsere Ortsgruppen in der nächsten Zeit, soweit es noch nicht geschehen, mit dieser Angelegenheit intensiv befassen, insbesondere versuchen müssen eine einstimmige Meinung über die Umrechnung der Zulagen in den Lohn bei sämtlichen Gruppen von Arbeitern und Bediensteten herbeizuführen. Des weiteren müssen sie sich vollständig klar sein, über die Höhe der neuen Grundlöhne der Masseinteilung und der jährlichen Steigerungen. Jeder unerfahrene Stadtkassierer, der uns nicht wissen will, unten kann, ist hierbei zu vermeiden. Es ist auch streng darauf zu halten, daß die zuständigen Bezirksleiter stets genau über den Stand der Verhandlung laufend unterrichtet werden; damit nicht durch örtliche Neuordnungen, die wahrheitslieblich in abschließender Weise stattfindenden Verhandlungen zentraler oder bezirkslicher Natur dadurch gehindert und gestört werden.

In der Hauptfrage aber wird die Befürchtung, daß die Steuerzulagen wieder rückgängig gemacht würden und

deshalb baldmöglichst in den Grundlohn eingerechnet werden müßten, von den Unorganisierten geübt, da der organisierte Arbeiter und Angestellte weiß, eine gute gewerkschaftliche Organisation bietet uns mehr Gewähr für eine gute und genügende Entlohnung für die Dauer, wie alle papierenen Bestimmungen, die nicht von den Organisationen gelassen heute erlassen und morgen durch einen Federstrich wieder beseitigt werden können.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Steigerung der Ernährungsschwierigkeiten. Die Regierung hat wiederholt in Bekanntmachungen dem deutschen Volk insbesondere den Arbeitern die eindringliche Mahnung ausgesprochen, daß nur die Arbeit sie vor Hungernot und dem Untergang retten könne. Nur durch eisernen Fleiß werde wir die Werte schaffen, mit denen wir die dringend benötigten Nahrungsmittel und Rohstoffe bezahlen können.

Wie berechtigt diese Mahnung ist, geht aus einer Mitteilung des Reichsernährungsamts hervor, wonach die Lebensmittelzufuhren aus dem neutralen Ausland bereits fast zum Teil aber schon fast eingestellt worden sind. Es stehen große Mengen an Gemüsen und Früchten für das deutsche Volk bereit, sobald als Gegenleistung die zugelagerten Rohstoffe den betreffenden Staaten zugeführt werden. Bis jetzt war dies nicht möglich, weil unsere Zahlungsmittel, die Rohstoffe infolge der Arbeitsmissetellungen der Bergarbeiter den betreffenden Staaten nicht mehr geliefert werden können. Es nicht weiteres grenzenloses Geld über uns kommen, gebietet die Selbsterhaltung, daß die Kohlenförderung sofort in altem Umfang wieder aufgenommen wird. Ohne Kohle gibt es kein Brot, keine Lebensmittel, der weitere Zustand des deutschen Volkes, der deutschen Industrie ist in Frage gestellt und damit auch die Lebenshaltung im das Wohl der deutschen Arbeiterschaft.

Also so weit sind wir schon gekommen, daß durch den sinnlosen Streik der Bergarbeiter, unter Führung der Sozialdemokratie unsere kargen Ernährungsverhältnisse noch mehr verschlechtert werden. Es fehlt nur noch, daß auch die Eisenbahner, unter denen es heute hier, morgen dort ganz ebenfalls die Wirkungen des Ausstandes verfühlt und wir werden spätestens April/Mai in den Ernährungsverhältnissen bei Maßstab am Vekter angelangt sein. In so die Anläufe der gewalttätigen Revolution fangen langsam an zu reifen und werden mit jedem Tage unentzerrbar Steine statt Brot.

Die Lebensmittelzulagen für Säumerarbeiter. Die Voraussetzungen für die Sonderbefreiung der in der Nahrungsmittelherstellung tätigen Arbeiter sind jetzt nicht mehr vorhanden und seitens der Arbeiterschaft kommt mehr und mehr der Wunsch auf, Aufhebung der Lebensmittelzulagen, welche einzelne Arbeiterklassen zu bevorzugen, zum Ausdruck. Der Zentralausschuß des Reichsernährungsamts hat diesem Wunsch dadurch Rechnung geteilt, daß er die Aufhebung dieser Zulagen im allgemeinen verweigert. Eine Aufhebung für alle Arbeitergruppen ist jedoch aus folgenden Gründen nicht möglich gewesen:

1. Um das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Ordnung zu bringen, ist es unumgänglich mit allen Mitteln auf die Kohlenförderung hinzuwirken. Die harten Wägen abwärtsbedingungen und die großen Ausgaben, denen dazu, eine große Anzahl von Kohlenhauer und Eisenbahner innerhalb einer gewissen Frist zu überlassen. Es ist außerdem erforderlich, den Eisenbahnpersonal nicht selbst und in anderen Umfange dem deutschen Volk zu helfen. Um das zu erreichen, ist es notwendig, daß den Verwaltungen und dem Teile des Eisenbahnerpersonals, welches bisher Zulagen erhalten haben, Brot

gewährt werden sollen. Der Staatssekretär des Reichs-
versicherungsamts geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die
Arbeiter diese Befreiung nicht als Ungleichheit empfinden,
sondern sie unter dem Gesichtspunkte bewerten wird, daß die Kol-
nen des Reiches ihn zu dieser Verfügung veranlaßt hat. Er
setzt sich der Erwartung hin, daß die Führer der Arbeiterchaft
in diesem Sinne aufklärend wirken. Selbstverständliche Voraus-
setzung ist, daß die Arbeiter mit solchen Arbeitern zusammen
arbeiten.

Ein wichtiger Termin! Unsere Deutsche Volksversicherung ist
während des Krieges vertriebenen Kriegsteil-
nehmern die bei der für den Krieg von ihr gegründeten
Kriegsversicherung eingekauft sind, die Sterbefälle der
Kriegsteilnehmer nach Beendigung des Krieges auszugahlen.

Die Höhe des Betrages, der auf den Einzelanteil entfällt, be-
stimmlich nach der Anzahl der Sterbefälle bemessen wird, kann
nur Bestimmung stehende Anteil-Quote erst berechnet werden.
Da die Verstorbenen unserer Volksversicherung alle gemeldet
sind, wir bitten daher alle Ortsgruppen, die ihre Mitglieder
in der Deutschen Kriegsversicherung eingekauft haben, die erforder-
lichen Todesanzeigen unserer Deutschen Volksversicherung
sowie Lebensversicherungen, sofort einzufenden und damit sie in ihren
jährlichen, guten Absichten zu unterstützen.

Arbeiterbewegung.

Wachsende Erkenntnis. Bei Besprechung des November-
abkommens zwischen den großen Arbeitgeber- und Arbeit-
nehmerorganisationen haben wir die Hoffnung ausgedrückt,
daß die für diesen völligen Umkehrung der Verhältnisse
auf Unternehmerseite nicht nur der harte Zwang der Zeitlage,
sondern auch die Einsicht in die Erfordernisse und Notwendig-
keiten einer neuen Zeit mitgesprochen haben. Eine er-
hellende Aussicht für diese unsere Hoffnung bietet
der Artikel: „Zukunft und Arbeiterchaft“ in der „Rheinisch-
Westfälischen Zeitung“, dem wir die folgenden Stellen ent-
nehmen:

„Ordnung und verständnisvolles Zusammenarbeiten
zwischen Industrieherrn und Arbeiterchaft ist bitter not.
Vor einigen Tagen haben die großen Arbeitgeberverbände
mit den Gewerkschaften Vereinbarungen getroffen über die
Zahlung einander. Das war nicht allein vom Stand-
punkt der beiden Gruppen, sondern auch vom deutsch-west-
fälischen Standpunkte aus eine Notwendigkeit. Wir müssen
einander nebeneinander, möglichst ohne Störung schaffen
können. Maßregelungen oder Streiks erträgt unser ruhm-
reiches Wirtschaftsstehen nicht. Beide Gruppen müssen die Kraft
haben, die Härten und Kämpfe, die vor den Vereinbarungen
nicht zu vergessen. Es ist schädlich, das anzuführen. Vor
allem Dingen sollte besonders da mit den Schlagworten auf-
geklärt werden, die auf beiden Seiten vorhanden waren
und die das scharfe erbitternde Element zwischen zwei Stände
bilden, die in ihrer Arbeit dringend aufeinander angewiesen
sind. Damit schafft man nicht den Standpunkt, der notwen-
dig ist zu besserer, gemeinsamer Arbeit.“

„Aber diese Vereinbarungen bilden sozusagen den äußerlich-
rechtlichen Teil, aber sie betreffen nicht das innere Verhältnis.
Ohne eine großzügige innere Erneuerung beider
Parteien ein besseres Gefühl der Zusammenarbeit nicht
möglich. Die Vereinbarungen kaum den wahren Nutzen stiften.
Die Industrie, Arbeiterchaft und Volksgemeinschaft vor-
wärts zu führen. Wie die Industrie sich bemühen muß, mehr
auf das innere Erleben und den Gleichberech-
tigungsverhältnis der Arbeiterchaft einzugehen und mit ihr
zusammenarbeiten so muß aber die Arbeiterchaft vor allem in

dieser Zeit bemüht sein, die Industrie zu unterstützen und
sich besonders nicht von „Weltverbessern“ verleiten las-
sen, zur Arbeitsniederlegung und allen möglichen Experimenten
zu greifen, die zunächst zwar nur die Industrie schädigen,
im Verlauf von einigen Monaten aber den Bettelstab für
den Arbeiter und die Hungersnot in seiner Familie bedeuten
würden. Fast noch nie war die Zukunft einer Nation fast
ausschließlich in die Hände zweier Gruppen gelegt, wie
es jetzt die deutschen Industrieherrn und die deutsche Ar-
beiterchaft sind. Mögen sich beide dessen würdig erweisen.“

Diese Ausführungen in dem Blatt der rheinisch-westfälischen
Schwerindustrie können einem Glaubensbekenntnis
auf die neue Zeit gleich, und diese Zeit erfordert nicht
Kampf, sondern Verständigung der Klassen. Welche Ma-
ssnahme wertvoller Kräfte ist doch in der Vergangenheit in
diesem Kampfe vergeudet worden, und welchen Segen hätten
sie für alle Teile stiften können, wenn sie nicht gegen, sondern
miteinander gewirkt hätten. Doch nicht rückwärts, sondern
vortwärts wollen wir schauen. Denn es ist wahr, die ganze
Zukunft der Nation ist heute fast ausschließlich in die Hände
der beiden Gruppen, der Arbeitgeber und der Arbeiter, ge-
legt. Mögen sie beide nach besten Kräften zusammenwirken,
damit sie sich zu einer glücklichen gestaltet.

Aus den Ortsgruppen.

Wien. Straßenschnur. Unsere Ortsgruppe hielt am 9. Januar
ihre diesjährige Generalversammlung ab. Ein starker Besuch zeigte
das rege Interesse der Kollegen für die Organisation. Aus dem
erstatteren Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitglie-
derzahl zunächst von 12 auf 103 gestiegen, infolge der Entlassung der
weiblichen Mitglieder dann aber wieder erheblich sank. Dieser
Verlust wurde aber wieder durch Neuaufnahmen und Zurück-
berufung der vom Dezember entlassenen Kollegen bald ausge-
glichen, so daß die gegenwärtige Mitgliederzahl die höchste des
Jahres 1912 wesentlich übersteigt. Zusammen mit es noch einige
Korollar und Außenleiter im Verriebe, die es lieber haben, wenn
andere für sie arbeiten und so selbst die Erfolge mit einbringen,
aber keine Opfer bringen wollten. Mit diesen Quellen und
Gründerberatern wurde aber schon die Entwicklung der nächsten Zeit
gründlich ausgearbeitet. Den gestellten Anträgen, in Anbetracht
der Finanzierung, die auch die Organisation trifft, die Beiträge von
15 auf 25 Bfg. zu erhöhen, sowie den heimgekehrten Kollegen eine
kleine Sozialunterstützung zugewähren, wurde beschlossen. Zug-
leich, nach einem Vortrag des Kollegen Feder über die Um-
änderungen der letzten Zeit fand die Wahl des Vorstandes statt.
Gewählt wurde als Vorsitzender Kollege Gensel, Kassierer Auf-
häuser und Schriftführer W. B.

Den vorgebrachten Wagen und Wägen, fahren mit einem
Lichtkreis, Kehlen eines vollständigen Dienstes und soll
nachgegangen werden. Eine Mitteilung, daß auch die Kollegen
der Bahn, Godesberg, Melsdorf, sowie Bonn-Straburg reges
Interesse für die gewerkschaftliche Organisation zeigten, wurde
mit Genehmigung aufgenommen.

Cöln. Straßenschnur. Nachdem ein großer Teil aller be-
währter Kollegen wieder aus dem Felde zurückgekehrt und geht
wieder ein frischer Zug durch die Reihen der hiesigen Straßens-
chnur. Der erste Hinweis zu einer größeren Versammlung
fand am Samstag, den 1. Januar im Tinnwaldschen Saale
statt. Abends waren die Kollegen erschienen, so daß kaum alle
Wahr fanden. Der Vorsitzende, Kollege Gensel, begrüßte die
Versammlung und gedachte einleitend der verstorbenen Kollegen,
deren Zahl 101 ist. Der Chairman des Arbeiterausschusses er-
stattete Bericht über die letzte Arbeiterversammlung. Der Be-
richt erstattete, daß die Arbeiterversammlung der be-
stimmten Anträgen mit das Beste ihrer Kollegen im Auge haben
und ihre erfolgreiche Tätigkeit bei der demnächst stattfindenden
Versammlung der Kollegen mit antworten kann, solchen Wünschen
wieder ihre Stimme zu geben. Kollege Gensel begründete dann
die Forderung des 7. Tages als Mahntag für das Jahrweiligkeit,
sowie die Auszahlung einer Leberauszahlung und schließlich die
Forderung des 7. Tages als Mahntag für das Jahrweiligkeit
seiner neuen Forderung, sondern in schon bereits im Jahre 1912
von diesem Verband auf der Straßenschnur in An-
sicht gebracht wurde. Wenn diese Forderung bisher noch

kaum irgendwo bemerklich worden sei, so liege dieses an den schwachen Organisationsverhältnissen der Straßenbahner selbst. Der Streik und die erlebten Anwandlungen habe auch hier lustreingewirkt und den Straßenbahnern die Erkenntnis der Organisation beigebracht. Unser Verband sowie die gesamte christliche Arbeiterbewegung habe trotz einiger Klammacher seine Mitgliederzahl mehr als verdoppelt und sei noch immer im starken Anwachsen. So glaubten wir nun jetzt dieser Forderung mehr Nachdruck geben zu können. Trotz ihrer Verwirklichung würden die Straßenbahner immer noch schlechter stehen wie die übrige Arbeiterkraft, deren freien Tage durch die Feiertage ein vieles mehr ausmachten. Hinsichtlich der geforderten Teuerungszulage vermisste Neben auf die allgemeine Versammlung am 1. I., die sich eigens mit diesem Thema beschäftigen würde. Zum Schluß kam Redner auf das Zusammenarbeiten mit den freien Gewerkschaften zu sprechen und verlangte von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, daß die Agitation in keiner Weise in schädlicher Weise geführt würde, verlangte natürlich auch von der Gegenseite, daß von deren Verbandsleitung in der gleichen Weise auf ihre Mitglieder eingewirkt würde. Indifferentismus und Gleichgültigkeit sind immer noch die Gegner der Arbeiterschaft, daß waren die Schlussworte des Referenten, die mit hartem Beifall aufgenommen wurden. In der Diskussion glaubten natürlich einige freie Gewerkschaftler den Referenten nicht richtig verstanden zu haben, deren Ausführungen jedoch kurz und düssig wiederlegt wurden. Der Verlauf der Versammlung läßt die besten Erwartungen hegen und berechtigt zu neuem Eifer.

Dresden. Am 11. Januar fand im Lokale Preuden eine allgemeine Versammlung des Jahr-, Dallen- und Werkstattpersonals statt, die sich mit dem Thema beschäftigte: „Welche Forderungen erheben wir angesichts der gegenwärtigen Lage.“ Neben allseits meinten Forderungen, die schon bereits am Samstag, den 4. Jan. in einer großen Straßenbahner-Versammlung im Dünnwaldischen Saale in Köln und am 8. Januar in einer überfüllten Versammlung sämtlicher nährischen Arbeiter im Colonialsaale besprochen wurde aus der Versammlung heraus lebhaft Klage geführt, daß die Treiber in der Werkstatt schon über 1/2 Jahr auf die bewilligten blauen Arbeitsanzüge warteten. Der Wagenmeister walter kommt immer mit der Entschuldigung, die Verfügung sei noch nicht da. Die Arbeiter finden es unverständlich, daß bei der jetzigen Knappheit ihnen das noch vorenthalten wird, was schon längst bewilligt ist. Deswegen klagen man über die Festsetzung der Arbeitszeit. Nach den Ausführungen des Herrn Überwärmers ist es den einzelnen Betriebsleitungen selbst überlassen die Arbeitszeit festzusetzen, dabei sollte man annehmen, die Betriebsleiter würden sich vernünftigerweise um in etwa nach den Wünschen der Arbeiter richten. Aber wenn gefehlt. Das Verlangen der Arbeiter geht nach durchgehender Arbeitszeit. Diesem Wunsche wird hier nicht Rechnung getragen, obgleich die allgemeine Klage über betriebstechnische Gründe keine Rolle spielen. Die Verhältnisse in Dresden, wo es den einzelnen Arbeitern noch möglich ist, nebenbei noch einen kleinen Garten zu bearbeiten, was ja immer so von allen herumher genommen wird) diaktien der Verwaltung doch auch bekannt sein. Schaffen wir aber auch die Voraussetzungen dafür, und viele liegen zum großen Teil in der durchgehenden Arbeitszeit. Es wurde beschlossen eine entsprechende Eingabe an die Betriebsleitung zu machen. Von Seiten des Jahrpersonals wurde darüber Klage geführt, daß man ständig Neuerungen am Dienstplane vornehme, ohne den Arbeitersicht zu berücksichtigen. Beschi doch eine Verfügung, daß der Dienstplan unter Einwirkung der Arbeitersichtmittler aufgestellt werden sollte. notwendige Änderungen auch nur mit dessen Zustimmung vorgenommen werden sollten. Auch wünscht das Personal die Ausbändigung eines gedruckt Dienstplanes, ähnlich wie bei der Straßenbahn. Weiter wurde das Verlangen ausgedrückt, daß den Kollegen, die aus dem Felde gekommen sind, noch nachträglich den Urlaub zu gewähren, soweit sie denselben vor ihrer Einweisung nicht bekommen haben. Der Referent, Kollege Becker, versprach die vorgebrachten Wünsche an nachgehender Stelle zu vertreten. Mögen die nun die Kollegen von Dresden ein wenig hinter ihre Verbandsleitung stellen, da nur die gemeinsame Geduldarbeit befüragt einen Erfolg.

Altm. Straßenbahner. Am Samstag den 4. Januar hielt unsere Ortsgruppe der Straßenbahner in der Schlachthaus-Recreation eine sehr gut besuchte Generalsammlung ab. Nach dem Tagesberichts des Vorsitzenden der Ortsgruppe liehe eine Besprechung zu verzeichnen. Eine Reihe von Eingaben, die vom und Zusammenhänge betreffend hatten sollen Erfolg. Dadurch sei das Vertrauen der Kollegen zur Ortsgruppe ge-
 1. an Postenamt wurde auch die letzten Eingabe wegen der
 2. an Postenamt wurde auch die letzten Eingabe wegen der
 3. an Postenamt wurde auch die letzten Eingabe wegen der

schaft für eine Halbwaife. Sind einer treuen Kollegin zu übernehmen stimmte die Versammlung freudig zu. Es wurde sodann die erfreuliche Mitteilung gemacht, daß sich sämtliche aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen nunmehr ebenfalls dem Verbandsangehörigen hätten, welches dem Kollegen Spindler Veranlassung gab, die Verdienste unserer in den letzten Jahren um Heimatfamilie und Verb kämpfenden Brüder gebührend zu würdigen. Die Auszahlung der zweiten Teuerungszulage im Betrage von 350 Mark für weibliche, 500 Mark für männliche Angestellte, nebst 50 Mark für jedes Kind wurde mit Genehmigung begrüßt. Nachdem die Vorstandswahl getätigt und die Vertrauensmänner ernannt, wurde die Versammlung mit dem Danke für die eifrige Mitarbeit sämtlicher Mitglieder geschlossen.

Verbandsnachrichten.

Vom 3. Quartal haben ... gerechnet die Ortsgruppen Siegen und Heddinghausen. Teils ohne Abrechnung sandten ein: München, Essen, Münster, Dillingen und Bittriching.
 Vom 4. Quartal liefen ein die Abrechnungen der Ortsgruppen Siegen, Heddinghausen, Trier und Gummersbach.
 Neue Ortsgruppen wurden gegründet in Hamm (Str.), Gippstadt, Lingen, Buer, Berten, Witten, Eifel, Görbe (G.), Bessel und Dortmund (G.).
 Der Zentralvorstand.

Kollegen!

In den nächsten Tagen wird über das Wohl und Wehe des deutschen Arbeiter- und Angestelltenstandes in den nächsten Jahrzehnten entschieden. Wie stehen vor der großen Frage, sollen wir die darniederliegende deutsche Volkswirtschaft, die uns allen Brot und Arbeit geben muß, wieder aufrichten helfen, oder im Strudel des Radikalismus und Bolschewismus endlich untergehen lassen.

Wer das letztere nicht will, wer Brot und Arbeit haben oder behalten, der arbeite mit in der Arbeiterbewegung. Wer heute noch beiseite steht, ladet eine große Verantwortung auf seine Schultern. Die christliche Gewerkschaftsbewegung bietet die beste Gewähr für eine entschiedene Wahrung der Arbeiterinteressen, für Ruhe und Ordnung, für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, gegen unfruchtbar Radikalismus und Bolschewikentum; deshalb schliche Dich dran und wirb für sie.

Arbeiten und nicht verzweifeln ist das Einzige was uns heute noch retten kann. Nicht vom öden Radikalismus, nicht von großen Verheerungen, sondern von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und dem Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen sind die Lohn- und die übrigen Arbeitsbedingungen abhängig.

Gedenktafel.
 Gestorben sind die Kollegen:
 Balthasar Reizer, München.
 Gottfried Zippid, Essen.
 Ehre ihrem Andenken.

Redaktion und Verlag: S. G. v. Mann, Köln, Venloerwall
 Land, Ehrenfelder Straße 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100